

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 12. Oktober 1946 - 46. Jahrgang - Nr. 41

Zürich empfängt den Internationalen Genossenschaftskongress

Auf dem Kongresshaus weht in frischem Herbstwind die Genossenschaftsflagge. Farbenreiche Wimpel winken den Gruss zu, den die Schweizer Genossenschafter ihren Freunden aus der ganzen Welt entbieten. Schon bei der Vorbeifahrt am St. Annahof haben sie ja bemerkt, wie willkommen sie in der Schweiz sind. Und jetzt in eindrucksvoller Weise beim Betreten des Kongresshauses, dessen Eingangshalle in ein Flaggenmeer, in Farben aller Art getaucht ist und durch die unseren Genossenschaftern vom Höhenweg der Landi her so wohlvertraute plastische Genossenschaftsgruppe von Bildhauer Stan-

400 Delegierte aus 24 Ländern berieten im Zürcher Kongresshaus vor einem eindrucksvollen Symbol internationaler Zusammenarbeit.

zani glücklich abgeschlossen wird, merken sie, dass viele fleissige und liebevolle Hände am Werk waren, um der grossen internationalen Tagung einen würdigen Rahmen zu geben.

Wohlgeordnet gaben auch im eigentlichen Kongressaal die Fahnen der vertretenen Länder und die auf den Tischen placierten Ländernamen kund, dass es von neuem wieder mit allem Ernst darum geht, *einander die Hände zu reichen* — wie das sinnvoll von der Bühne herab in Wort und Bild mahnend zugerufen wurde. Und als Zeichen dieses entschlossenen Willens, den Beitrag der Genossenschaftsbewegung zum Aufbau eines wahren Friedens möglichst umfassend zu gestalten und schon beim ersten Nachkriegskongress zu zeigen, dass man bereit ist, tiefste Gräben zu überspringen, wies der Kongress auch eine aus alten bewährten Genossenschaftern bestehende deutsche Delegation auf; sie nahm als Gäste am Kongress teil. Die rund 400 Delegierten verteilten sich auf 24 Länder aller Erdteile und dokumentierten so die Macht des Genossenschaftsgedankens und dessen universelle Bedeutung für die Lösung wichtigster sozialer und wirtschaftlicher Probleme. Die einzelnen Organisationen waren allerdings recht verschieden stark. England und Schottland stellten mit 100 Personen den Hauptharst. Es folgten die Tschechoslowakei mit 28, Schweden mit 27, die Schweiz mit 23, USA mit 21, Polen mit 15, Russland mit 13 Delegierten usw. War das Erscheinen all dieser Genossenschafter nicht ein überwältigendes Zeugnis, dass der *Genossenschaftsgedanke den fürchterlichen Krieg kraftvoll überstanden* hat, dass er in all den Leiden, den Zerstörungen aller Art durchgehalten hat und selbst den feindseligsten Attacken der Diktatur nicht erlegen ist, sondern seinen Weg erfolgverheissend weitergeht! Selbstverständlich — wie könnte es auch anders sein! — die Spuren der Kriegserlebnisse sind besonders tief in die Gesichter derjenigen eingegraben, die die grausame Hand des Feindes zu fühlen bekommen haben, die in den Bunkern hausten, über Trümmer hinweg die Dienste an der Mitgliedschaft aufrechterhalten mussten. Die Sorgen ob des schweren, da und dort übermenschliche Leistungen erfordernden Aufbaus können trotz dem Frohmut ob des so angenehmen Aufenthaltes in der Schweiz nicht weichen. Der Blick in die Zukunft ist ob der Hindernisse, die sich immer wieder auftürmen, beschattet.

Doch die Hoffnung, der Glaube an die Güte der Genossenschaftssache leben. Die Gemeinschaft mit den Gleichgesinnten über alle Grenzen hinweg gibt Kraft.

Und so konnte denn Herr Nationalrat *Huber*, Präsident des Verwaltungsrates des V.S.K., eine Versammlung von erwartungsvollen Genossenschaftern und Genossenschafterinnen am Montagmorgen

im Namen des V.S.K. und des V.O.L.G. auf Schweizerboden willkommen heissen.

Herr Nationalrat Huber erinnerte daran, mit welcher Begeisterung nach dem letzten Krieg die Genossenschafter ans Werk gingen, um die Ideale der Genossenschaft in die Herzen der Völker zu pflanzen und damit die Völkerverständigung und den Völkerfrieden zu sichern. Wir freuten uns über die Ausbreitung und Vertiefung unserer Bewegung. Aber nur zu rasch zeigte es sich, dass die Menschheit für unsere Ideale noch nicht reif war. Neue Kriegsgefahr drohte. Mit Erschütterung lesen wir in der Resolution, welche der 15. Genossenschaftskongress im September 1937 in Paris fasste, die sorgenerfüllten Worte:

«Der 15. Kongress des IGB, angesichts einer nie dagewesenen Spannung der zwischenstaatlichen Beziehungen, die er gelegentlich seiner Pariser Tagung feststellen muss, und angesichts der sich daraus ergebenden ständig wachsenden Kriegsgefahr, drückt sein Entsetzen über die Möglichkeit aus, dass die Menschheit von neuem in einen bewaffneten Zusammenstoss gestürzt werden könnte, der die Grundlagen unserer Zivilisation sicher nicht nur erschüttern, sondern sie vernichten würde.»

Mit heiliger Leidenschaft führte der damalige Sekretär des IGB, der leider seither verstorbene Henry May, den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr. Noch am 4. Juli 1939 erhob der Internationale Genossenschaftsbund seine beschwörende Stimme in einem Aufruf an die Genossenschafter der ganzen Welt, mit einem noch nie erreichten Aufgebot aller Kräfte und Mittel den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern, der Millionen menschlicher Wesen vernichten und die Werke der Zivilisation in grossem Umfange zerstören müsste. Umsonst. Was der Pariser Kongress voll Entsetzen voraussah, ist grauenhafte Wirklichkeit geworden. Millionen Menschen sind gefallen, unermessliche Werte sind zerstört worden. Und trotzdem versammeln sich heute Genossenschafter aller Kontinente, nicht als Sieger und Besiegte, nicht Ankläger und Angeklagte, versammeln sich nicht, um Gericht zu halten, und auch nicht, um Beute zu verteilen, neue Grenzen zu ziehen und in kaum verhülltem gegenseitigem Misstrauen wichtige Positionen für einen künftigen Krieg zu gewinnen. Nein — und das ist das Tröstliche bei allem Grauen über das Erlebte, bei allem Schmerz über das schwere Leid —

Männer und Frauen aller Kontinente reichen sich vertrauensvoll als Freunde die Hände, nicht nur um ihr Bekenntnis zu den Idealen der Genossenschaft zu erneuern, sondern um unverzüglich ans Werk des Wiederaufbaues zu gehen.

In erster Linie gilt es, den IGB und seine Nebenorganisationen wieder herzustellen und weiter auszubauen. Hier sind wir des vertrauensvollen Zusammenwirkens unserer Freunde sicher. Aber das genügt nicht. *Es gilt, die Völker für eine genossenschaftliche Neuordnung der Wirtschaft und der staatlichen Gemeinschaft zu gewinnen.* Wir machen uns keine Illusionen über die Schwierigkeiten dieser Aufgabe. Zu bitter sind die Lehren der Vergangenheit. Und zu deutlich sehen wir die Kräfte an der Arbeit, die in unheimlicher Verblendung glauben, die Welt wieder auf den verhängnisvollen Grundlagen der Machtkämpfe, der Profitgier und der Ausbeutung einrichten zu können. Wir sind Zeugen davon, wie Einsichtslosigkeit und kurzsichtige Selbstsucht und alle alten Vorurteile sich untereinander verbinden, um die Ausbreitung genossenschaftlicher Gedanken und genossenschaftlicher Organisationen zu verhindern.

Die Gegner der Genossenschaft vermögen nicht zu erkennen, dass sie damit neue, noch vernichtendere Katastrophen über die gesamte Menschheit heraufbeschwören.

Aber, meine Freunde, das darf und kann uns nicht entmutigen. Wir wissen es, die Menschheit sucht

mit leidenschaftlicher Sehnsucht den Frieden. Wir sind fest überzeugt, dass die Genossenschaft den Weg zu diesem Frieden weist. Die Schwere der Aufgabe und die Grösse des Zieles sind uns doppelter Aufruf, unsere ganze Kraft hinzugeben.

Es geht um die Zukunft der Menschheit.



Lord Rusholme führte energisch und sicher den Vorsitz. Zu seinen Seiten: links Albin Johansson, einer der Vizepräsidenten, und rechts Nationalrat Johannes Huber, Präsident des Organisationskomitees.

Die Eröffnungsansprache des Kongresspräsidenten, Lord Rusholme,

war getragen von dem Bestreben, dem Kongress die gewaltige Aufgabe der Genossenschaftsbewegung beim Wiederaufbau eindrücklich vor Augen zu stellen. Die Genossenschaftsbewegung muss mithelfen, eine bessere soziale und wirtschaftliche Ordnung aufzurichten. Jahrelang waren die Anstrengungen der Vereinten Nationen darauf gerichtet, den Krieg zu gewinnen, ihr Ziel wurde durch eine ganz gewaltige genossenschaftliche Anstrengung erreicht.

Jetzt gilt es, den Frieden zu gewinnen.

Und nur durch genossenschaftliche Zusammenarbeit kann das Ziel erreicht werden.

Der Krieg ist nicht unvermeidlich. Aber es ist vielleicht besser, uns bewusst zu sein, dass wieder ein Krieg ausbrechen kann, als der Meinung zu huldigen, dass es nie mehr Krieg geben würde.

Wir freuen uns sehr, dass die Genossenschaftsbewegung durch die Zusammenarbeit mit dem Sozial- und Wirtschaftsrat und einigen seiner Tätigkeitszweige der Welt einen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der UNO leisten kann. Die Genossenschaftsbewegung kann für die bessere Verständigung der Völker eine bedeutsame Rolle spielen und ihre Zusammenarbeit im Geiste der gemeinsamen wirtschaftlichen Selbsthilfe fördern. Während die neuen Weltorganisationen meistens nur die Staaten erreichen, erfolgt die genossenschaftliche Arbeit von unten, sie beginnt mit dem Individuum und erstreckt sich dann erst auf das internationale Gebiet. Auf diese Weise erweist sich der IGB als von massgebendem korrigierendem oder treibendem Einfluss auf diese Weltkörperschaften.



Zahlreiche Vertreter von internationalen Organisationen und von Regierungen nahmen an den Tagungen teil. Von links nach rechts: *Colombain, Internationales Arbeitsamt; Breuer, USA; Catherine Rolfe, UNO; Haydorn, Grossbritannien; Dr. Awad, UNESCO.*

Die Delegierten dieses ersten Nachkriegskongresses müssen im Namen der Millionen von Genossenschaftern der ganzen Welt geloben, dass sie entschlossen und bereit sind, für den Frieden zu arbeiten — in allen ihren nationalen und internationalen Genossenschaftsorganisationen.

Neue gewaltige Anstrengungen müssen gemacht werden, um den internationalen genossenschaftlichen *Warenaustausch* und die internationale *genossenschaftliche Produktion* in einer alles Bisherige übersteigenden Weise auszubauen. Es ist meine Ueberzeugung, dass nur die Genossenschaftsbewegung den internationalen Trusts und Kartellen erfolgreich entgegentreten kann.

Grosse Anerkennung gebührt unseren Freunden aus den USA für ihre Initiative auf dem Gebiete der Produktion und der Verteilung von Erdöl durch internationale Zusammenarbeit. Ihr Eifer und ihre Energie bedeutet für uns alle in Europa einen gewaltigen Ansporn. Ich hoffe, dass dieser Kongress auf dem entscheidenden Gebiete des internationalen Warenaustausches die Richtung weisen wird, so dass er später einmal als ein bedeutsamer Wendepunkt in der Genossenschaftsgeschichte bezeichnet werden kann.

Diesen mit grossem Beifall angehörten Ansprachen folgten die zahlreichen Gäste, *Vertreter von internationalen Organisationen* und einer beachtenswerten Zahl *Regierungen* mit Worten der hohen Wertschätzung für die genossenschaftliche Arbeit auf nationalem und internationalem Gebiet.

*

Näheres hierüber soll in der nächsten Nummer berichtet werden.

Ein Faustschlag ins Gesicht

Man greift sich an den Kopf, wo befinden wir uns eigentlich? In der Schweiz, in der Eidgenossenschaft, in einem demokratischen Staatswesen oder unter dem Joch der Diktatur, der Unterdrückung, wo der Sinn für Gerechtigkeit und Billigkeit keinen Platz mehr hat? Was sich die Mehrheit der Vollmachtenkommission jüngst mit der Unterwerfung der Selbsthilfegenossenschaften der Konsumenten und Produzenten zu Stadt und Land unter die Zuschläge zur Wehrsteuer geleistet hat, gehört ins dunkelste Kapital der Reaktion. Für das, was geschehen ist, gibt es nur eine Erklärung: Entweder ist die Mehrheit der Vollmachtenkommission ein — allerdings nicht gerade ohne weiteres zu entschuldigendes — Opfer der antigenossenschaftlichen Propaganda des Gewerbeverbandes und des den gleichen Einflüssen zuzuschreibenden Druckes der Bankiervereinigung und des Vorortes des Handels- und Industrievereins geworden, oder es war tatsächlich ihre unerhörte Absicht, den Raubzug an den Selbsthilfeorganisationen des Volkes zur Tatsache werden zu lassen. Vorläufig halten wir die erste Möglichkeit noch nicht für ausgeschlossen.

Was das Eidg. Finanz- und Zolldepartement zuerst beabsichtigte, war eine rein fiskalische Massnahme. Wie es sich für eine Gesetzgebung gehört, die den Anspruch darauf erhebt, sozial gerecht zu sein, visierte sie besonders leistungsfähige Steuersubjekte. Aber die ständerätliche und nationalrätliche Vollmachtenkommissionen machten aus der Vorlage ein *wirtschaftspolitisches Instrument gegen die Genossenschaftsbewegung.*

Stärker als alle übrigen sollen die Genossenschaften herangezogen werden.

Denn bei ihnen wird eine besondere Leistungsfähigkeit, die Grundlage für die Besteuerung sein sollte, gar nicht vorausgesetzt. Wenn auch kleine Genossenschaften die Möglichkeit haben, sich wie natürliche Personen besteuern zu lassen und hier die Besteuerung erst beginnt, wenn ein Ertrag von über 25 000 Fr. erzielt wird, so ist die Zahl derjenigen, die unter die Steuer fallen, doch noch sehr gross.

Bei der Wahl der Steuer nach den für die Kapitalgesellschaften geltenden Normen kommen die meisten Genossenschaften automatisch, ohne Rücksicht auf ihre Grösse und den Reinertrag zum *maximalen* Steuersatz: denn in der Regel ist das für die Steuerberechnung massgebende Kapital der Genossenschaften gering. Das liegt im *Wesen* der Selbsthilfeorganisation. Sie ist eine *Personen*vereinigung und keine *Kapital*gesellschaft. Das Rentabilitätsprinzip eignet sich nicht für die Besteuerung der Genossenschaft!

Es ist absolut falsch, behaupten zu wollen, die Genossenschaften wollen keine Steuern bezahlen.

Die Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärten sich offiziell bereit, einem Zuschlag von 20 % zu den bisher für die Genossenschaften geltenden Wehrsteueransätzen zuzustimmen: das wären 3 % + 1,5 % = 4,5 % + Zuschlag 20 %, total 5,4 %. Was jedoch der Bundesrat beschlossen hat, überraschte die Genossenschaften masslos. Diese Beschlüsse mussten zudem in der Oeffentlichkeit die Meinung aufkommen lassen, die Genossenschaften seien bevorzugt. *Die Genossenschaften sind nicht privilegiert,* sie fordern lediglich einem ihrem Wesen entsprechende gerechte Behandlung.

Nach dem Beschluss des Bundesrates würden die meisten Kapitalgesellschaften nicht mit Zuschlägen belegt, dagegen die Genossenschaften mit über 25 000 Fr. Ertrag fast ohne Ausnahme, und zwar — und hier liegt das Stossende — ohne Rücksicht auf ihre Kapital- und Betriebsverhältnisse und auf ihre Steuerleistungsfähigkeit.

Das ist der für unsere Demokratie traurige Weg von der nichts anderes als gerechtfertigten Ausnahme der Selbsthilfegenossenschaften von den Wehrsteuerzuschlägen bis zu diesem verzerrten, unsozialen, würdelosen Projekt, dessen wir uns aufs tiefste schämen müssen. Das Parlament darf dieser Demagogie nicht folgen! Wem es ernst ist, dass in unserem Land Recht und Billigkeit noch einen sicheren Platz haben, der muss es ablehnen.

Die Rechte des Volkes sind stärker als die der Arbeiter oder Kapitalisten. Und diese grosse dritte Partei soll ihren angemessenen Anteil an jedem Fortschritt haben. Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Industrie, dass am Ende das ganze Volk den grösseren Teil des Nutzens erhält, den technische Verbesserungen mit sich bringen. In den letzten hundert Jahren ist zum Beispiel die Einführung von Maschinen als Ersatz für Handarbeit der einflussreichste Faktor zur Erhöhung der Produktion und zu grösserem Wohlstand der ganzen zivilisierten Welt gewesen. Ohne Zweifel hat den grössten Nutzen aus dieser Neuordnung die Allgemeinheit — der Konsument gezogen.

F. W. Taylor

310 Genossenschafterinnen aus 14 Ländern treffen sich in Zürich

Bedeutsame Probleme hatte auch die Internationale Genossenschaftliche Frauengilde zum Inhalt ihrer Tagung in Zürich gemacht. Frau *Emmy Freundlich,* die Präsidentin, die mit viel Interesse und Liebe zusammen mit der der genossenschaftlichen Frauensache ebenfalls sehr ergebenen Frl. Naftel während der bewegten Kriegsjahre das Fähnlein der Frauengilde betreute, konnte 310 Genossenschafterinnen willkommen heissen. Auch die Schweizer Bewegung liess es sich angelegen sein, den Mitarbeiterinnen aus sovielen Ländern zu bezeugen, wie sehr man in unserem Lande ob ihrem Besuch erfreut ist. Frau *Egli,* Präsidentin des KFS, und Herr Direktor *Zellweger* waren die Interpreten der grossen Hoffnung, die die gesamte genossenschaftliche Frauenarbeit in sich trägt, und der Genugtuung, dass die Internationale Frauengilde ihren ersten Nachkriegskongress im Kreise der Schweizer Genossenschaften durchführt. Dass man mit diesen Mitarbeiterinnen am Frieden auch an höheren Stellen rechnet, bekundete Frl. *Rolfe,* die als Vertreterin der UNO auf einer 5000 km langen Luftfahrt nach Zürich geeilt war, wo sie die Konferenz über vieles, was die UNO zum Nutzen der Frauen vorzukehren gedenkt, orientierte. Zu einem wahrhaften Erlebnis wurde die kurze Ansprache der administrativen Sekretärin des IGB, Frl. *Polley,* die mit all der Eindringlichkeit ihres mitfühlenden Frauenherzens, mit dem Schrecken und der Not des Krieges vor Augen, in ihre Zuhörerinnen drang, als Mutter, Ehegattinnen, als verantwortliche Mitträgerinnen des öffentlichen Lebens doch alles zu tun, dass uns der Frieden erhalten bleibe, dass der Ungeist der Wahrheit und Gerechtigkeit Platz mache.

Das Resultat seiner Aussprachen hat der Kongress in eine Reihe *Resolutionen* zusammengefasst. Die Grundlage zu diesen schufen die *Präsidentin* mit ihrer Eröffnungsansprache, Frau *Cecilie Cook,* England, und Frau *Miturina,* Russland, mit ihren Referaten über «*Die Frauen, die Genossenschaft und der Wiederaufbau*». Frl. *Gröbli,* Sekretärin des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz, mit einem sehr aufschlussreichen Exposé über die «*Rationalisierung des Haushaltes*» und eine sehr angeregte *Diskussion,* die in der Spanienfrage sogar recht leidenschaftlich wurde. Eine Reihe der Forderungen und Beschlüsse der Internationalen Genossenschaftlichen Frauengilde seien im folgenden festgehalten:

Die Konferenz verpflichtet sich, sich immer intensiv zu bemühen, um Einigkeit und Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen und den Konsumgenossenschaften zu erreichen.

Die Konferenz verpflichtet die Genossenschaften, ihren Kampf für die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau, für den *gleichen Lohn für gleiche Arbeit* fortzusetzen, aber auch für die gleichen Ge-



Grosses Interesse bezeugten auch die Genossenschafterinnen an den an ihrem Kongress behandelten bedeutsamen Fragen.

legenheiten für eine gleiche Erziehung, die freie Berufswahl, die gleiche Verwendung im öffentlichen Dienst einzutreten.

Jede genossenschaftliche Organisation ist aufgefordert, selbst diese Prinzipien der Gleichberechtigung restlos durchzuführen.

Die Internationale Genossenschaftliche Frauengilde soll an den Tagungen des *Sozial- und Wirtschaftsrates der UNO* teilnehmen können. Die nationale und internationale Gesetzgebung soll daraufhin kontrolliert werden, dass unter ihr genossenschaftliche Grundsätze eine massgebende Rolle spielen.

*

Frau Freundlich, die aktive Präsidentin der Internationalen Frauengilde, waltete mit Ausdauer und Erfolg ihres Amtes. Zu ihren Seiten: links Miss Polley, die administrative Sekretärin des IGB, und Theo Naftel, Sekretärin der Internat. Frauengilde.

Die soziale Sicherheit, zufriedene Nationen und der Frieden werden niemals erreicht werden, solange die Mitarbeit der Hausfrauen nicht in allen Ländern gesichert ist. Die Genossenschaftsbewegung muss — wo es notwendig ist — die Führung übernehmen, um die Herstellung von Haushaltungsgegenständen, die die Hausfrauen entlasten und ihnen mehr Freiheit ermöglichen, zu fördern. So sollen Zentralen geschaffen werden, wo mechanische und hauswirtschaftliche Hilfsmittel aller Art erprobt werden und hauswirtschaftliche Prüfstellen arbeiten können.

Mit der Industrie ist Fühlung zu nehmen, damit Wünsche der Hausfrauen für die rationelle Gestaltung der Haushaltartikel berücksichtigt werden.

Die Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und besonders die einzelnen Genossenschaftsverbände müssen sich für die angeregten Institutionen einsetzen.

*

Die Genossenschafterinnen fordern die Entwicklung der Gemeinwirtschaft, eine *gerechtere Verteilung der Rohstoffe* und aller anderen Güter als eine Basis für die wirkliche internationale Zusammenarbeit.

Die Genossenschafterinnen verpflichten sich, alles zu tun, um den einzelnen zu überzeugen, dass er eine *individuelle Verantwortung für den Frieden* trägt. Die Konferenz fordert die Nationen auf, die *Atombombe als Kriegswaffe zu verbieten* und zuzustimmen, dass alle vorhandenen Bomben *an einem Tag zerstört* werden müssen. Die Atomenergie soll von allen Nationen in demselben Ausmasse für friedliche Zwecke gebraucht werden.

Mütter, Frauen in der ganzen Welt! Vergesst nicht, ihr seid mitschuldig, wenn ein neuer Krieg eure Söhne, euer Leben vernichtet. Fordert und wünscht nicht nur eine neue Welt, baut sie auf!

Von der Ueberzeugung ausgehend, dass alle fascistischen Elemente den künftigen Frieden gefährden und die Sicherheit der Welt bedrohen, ruft die Konferenz alle Genossenschafterinnen auf, das Gewissen eines jeden ernsten Genossenschafters zu wecken, damit die Bewegung mithilft, einen *wirtschaftlichen und finanziellen Boykott gegen Spanien* zu organisieren, um den Zusammenbruch des Regimes zu beschleunigen. Durch den Kampf gegen jede fascistische Tendenz in jedem Lande soll sie mithelfen, den Widerstand der Völker gegen den Fascismus zu fördern.

Die Konferenz bezeugt ihre Solidarität mit den spanischen Genossenschafterinnen und allen spanischen Frauen, die für die Freiheit kämpfen, und gibt ihrer Bewunderung für deren Heroismus und Opfermut Ausdruck und ihrem tiefen Abscheu über die Leiden und Bestrafungen, die meist ohne gerichtliche Urteile an zahllosen Frauen, die in Francos Kerkern schmachten, vollzogen werden.

Sie fordert die nationalen Gilden auf, wo immer es möglich ist, Sympathiedemonstrationen zu organisieren, um ihren spanischen Kameradinnen ihre Freundschaft zu bezeugen und um gegen deren Behandlung zu protestieren.

*

Die Forderung des *Boykotts gegenüber Spanien* führte zu einer *heftigen Diskussion.* Die englische Genossenschaftsgilde wollte den betreffenden Abschnitt gestrichen wissen. Doch eine — wenn auch nicht sehr starke — Mehrheit war mit diesem Antrag nicht einverstanden. Eine Schottin, eine Italienerin, eine Schweizerin — Frau Egli — sprachen für die Annahme des ursprünglichen Wortlautes, der den Boykott vorsah, während eine Dänin und die beiden Mitglieder des englischen Unterhauses, Mrs. Ganley und Mrs. Ridealgh, gegen die Anwendung von Gewaltmethoden sprachen, da man mit solchen doch gerade denen, denen man helfen wolle, am meisten schaden würde. Lassen wir uns nicht vom Hass leiten, wo es gilt, praktische Arbeit zu leisten. Mit 61 gegen 54 Stimmen fand der Boykott Unterstützung. In der Schlussabstimmung über die Spanienresolution wurde diese angenommen; die englische Genossenschaftsgilde enthielt sich jedoch der Stimme.

Die Diskussion zu den verschiedenen Resolutionen zeugte von dem wachen und kompetenten Interesse, das die Frauen für all die Fragen allgemeiner und auch besonderer, genossenschaftlicher Natur besitzen. Den Engländerinnen merkte man die parlamentarische Schulung ohne weiteres an. Aber auch die andern Sprecherinnen gaben beredt und gewandt Kunde von ihrer inneren und praktischen Teilnahme an den für die Zukunft so entscheidenden Fragen. Genossenschafterinnen aus England, Schottland, Palästina, Polen, Italien, Dänemark, Schweden — diese besonders zur Orientierung über Frauengymnastik —, Russland, der Schweiz — die Frauen Egli und Ryser — fanden jeweils starkes Interesse und trugen zusammen mit den stets mit reichem Beifall bedachten Hauptreferentinnen zum so anregenden Verlauf des Frauenkongresses bei.

Verzögerungen im Verhandlungsverlauf brachten zwar die Uebersetzungen. Offizielle Sprachen waren Deutsch, Englisch und Französisch. Die russischen Votantinnen gaben ihre Ansichten auf Russisch bekannt, sorgten jedoch selbst dann für die Uebersetzung ins Englische durch eine gute Kennerin dieser Sprache. Dank der guten Organisation des ganzen Kongresses und der speditiven Amtsführung durch die Präsidentin, die eine sehr anerkennenswerte Leistung vollbrachte, konnten die Verhandlungen am Freitagabend rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden. Die Schweizer Genossenschafterinnen, vor allem die vom Lebensmittelverein Zürich, die für die so gediegene Gestaltung des Versammlungsraumes und so manche Aufenthaltserleichterung, bei der Quartierbeschaffung usw. gesorgt hatten, das Sekretariat des KFS bekamen den herzlichen Dank zu fühlen. Dieser wurde aber auch in sinniger Weise Frau *Freundlich* und der Sekretärin, Frl. *Naftel*, zuteil, die dankend darauf hinwies, wie in den dunkelsten Tagen des Krieges die Arbeit für die Internationale Frauengilde ihr immer wieder zu einem Hoffnungsschim-







Bild oben: *Frau Egli, Präsidentin des KFS, entbietet ihren Freundinnen aus dem Ausland herzlichen Willkommgruss. Im Namen der gesamten schweizerischen Genossenschaftsbewegung tat dies Herr Direktor Zellweger.*
Bild in der Mitte: *Genossenschafterinnen aus der Sowjetunion.*
Bild unten: *Schwedische Genossenschafterinnen.*

mer wurde, von dem viel Kraft zum Durchhalten ausging. — Internationale Tagungen dürfen sich nicht in Geschäftlichem, in Diskussionen, im Debattieren erschöpfen, sondern sind nicht zuletzt Anlass zur *persönlichen Kontaktnahme*. Und diese wurde in freundlicher Weise gefördert durch einen *geselligen Abend auf dem Uetliberg*, wohin der V. S. K. die Genossenschafterinnen und ihre Gäste geladen hatte und wo die liebevollen Hände des LVZ für einige reiche Stunden fröhlichen Beisammenseins gesorgt hatten.

Der Clou sollte die Fahrt ins Ferienheim Weggis und dann über den Sustenpass am Samstag bringen. Leider war das Wetter trübe. Doch in den Herzen war es fröhlich. War es doch für viele ein unsagbar beglückendes Ereignis, nach den Jahren des Schreckens und angesichts der gleichgebliebenen Einschränkungen aller Art durch die prächtige Schweiz zu fahren und zusammen mit den Vertreterinnen so vieler Länder Friedensluft zu atmen, eine Wirklichkeit zu sehen, die sie früher einmal gekannt haben, sich aber vielfach von neuem wieder erkämpfen müssen. Der Frauenkongress in Zürich hat für sie den Weg erleuchtet, den Blick in eine bessere Zukunft geweitet. Die genossenschaftlichen Frauenorganisationen haben sich gewaltige Aufgaben gestellt. Wenn es ihnen gelingt, auch nur einen Teil ihrer Beschlüsse in die Tat umzusetzen, so wird der Zürcher Kongress zu einem bedeutungsvollen Markstein für die gesamte internationale genossenschaftliche Frauenarbeit werden.

Das genossenschaftliche Presse- und Verlagswesen soll wesentlich ausgebaut werden

Das ist die Forderung der *internationalen genossenschaftlichen Pressekonferenz*, die am Mittwoch, den 2. Oktober, als erste der Vorkonferenzen zum Internationalen Genossenschaftskongress im Zürcher Kongresshaus zusammentrat. Vorsitzender war *Lord Rusholme*, Präsident des IGB. Schon von Anfang an wurden die zahlreichen Presseleute aus Schweden, England, USA, der Schweiz, Dänemark, Holland, Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei usw. von Herrn Direktor *Barbier*, Schweiz, mit seinem Exposé über die Schaffung einer *internationalen Presseagentur* auf Höhen geführt, auf denen man gerne verharrte und die einen Auftakt für die gesamte Konferenzarbeit darstellten, wie man ihn sich nicht eindrucksvoller wünschen konnte. Die freie, offene Kritik an dem, was ist, die Vision für das, was sein soll, und die feinsinnige, präzise Art, in der der Plan entwickelt wurde, die Wärme und Ueberzeugung, in der für die Sache der Genossenschaftspresse gefochten wurde, waren ein Erlebnis. Was Herr Barbier zu sagen wusste, regte an, zwang zu innerem Mitgehen, zur klaren Stellungnahme. Offensichtlich war jedoch die Mehrzahl der Anwesenden noch nicht soweit, dass sie sich den von Herrn Barbier geforderten kühnen Entschlüssen ohne weiteres hätte anschliessen wollen. Mit ihm einig gingen aber alle Anwesenden, dass das Bestehende noch bei weitem nicht dem entspricht, was von der Genossenschaftsbewegung an intensiver Orientierung und Propaganda mit Hilfe der Presse geboten werden sollte. Vom IGB wird deshalb erwartet, dass er seinen Pressedienst ausbaut, ihm auch einen Photodienst anschliesst und so die nationalen Ogane ständig mit aktuellem Material versorgt. Die Welt bedarf einer Presse, die wahrheitsgetreu orientiert, die objektiv berichtet, sich nicht der Sensationshascherei ausliefert, die Beziehungen zwischen den Völkern nicht vergiftet, sondern in ihrer ganzen Haltung auf den Frieden ausgerichtet ist. An den Organen des IGB wird es sein, die weiteren Schritte zu unternehmen. Das von Herrn Barbier aufgeworfene Problem soll einer *besonderen Kommission* anvertraut werden. — Diese Kommission wird sich auch mit dem zweiten, ebenfalls bedeutsamen, von Herrn Chefredaktor *Odhe*, Schweden, vertretenen Projekt auf Schaffung eines internationalen Genossenschaftsverlags zu befassen haben. Es geht darum, Klischees auszutauschen, Autorkosten gemeinsam zu tragen und durch Austausch von Erfahrungen und gegenseitige Erleichterungen aller Art die Herausgabe guter Bücher der verschiedensten Wissensgebiete auf rationellste Weise und weitesten Kreisen die Lektüre fördernder Literatur zu ermöglichen. Auch so wird internationale Aufbauarbeit geleistet, in der die Genossenschaftsbewegung auf dem vom schwedischen Genossenschaftsverband — besonders von dessen Buchverlag, geleitet von Herrn Lindberg — gezeigten Weg noch manch wertvollen Beitrag leisten kann.



Ein Blick in die internationale Erziehungskonferenz. Im Vordergrund Herr Direktor Ch.-H. Barbier.

Die Internationale Erdölgenossenschaft ist gegründet

Und das ist wohl der bedeutsamste Beschluss der Zürcher Konferenzen. Es bestand zwar schon seit Wochen wohl kein ernstlicher Zweifel mehr, dass die im Rahmen des IGB arbeitende Internationale Genossenschaftliche Handelsagentur, der zahlreiche genossenschaftliche Grosseinkaufsgesellschaften angeschlossen sind, in Zürich zur Gründung der Internationalen Erdölgenossenschaft schreiten werde. Schon seit einem Jahr ist ja ein Unterkomitee an der Arbeit, das das Problem nach allen Seiten studiert hat und jetzt mit gutfundierten Vorschlägen aufwarten konnte. Dem Komitee gehörten an:

Albin Johansson, Schweden; A. J. Cleuet, Frankreich; J. T. Davis, England; Neil Beaton, Schottland; Howard Cowden, USA.

Von dem auf 15 Millionen Dollars festgelegten Genossenschaftskapital der «Internationalen Erdölgenossenschaft» sind jetzt schon 900 000 Dollars fest zugesichert.

Die Aufnahme der praktischen Tätigkeit der Internationalen Erdölgenossenschaft erfolgt, sobald die genossenschaftlichen Grosseinkaufsgesellschaften von zehn Ländern die Statuten der neuen internationalen Organisation angenommen und ein Mindestkapital von 500 000 Dollars gezeichnet haben. Bis zum heutigen Datum haben schon Organisationen aus 22 Ländern ihre Absicht kundgetan, sich der Internationalen Erdölgenossenschaft anzuschliessen, so aus der Schweiz, den USA, Schweden, Schottland, Frankreich, Belgien, China, Kuba, Holland, Norwegen, Südafrika, Australien, Argentinien, Finnland, Aegypten, Griechenland, Italien, Palästina, Tunesien, Siam.



Howard Cowden, USA, der Initiant der Internationalen Erdölgenossenschaft.

Howard Cowden, Präsident der Vereinigung der Konsumgenossenschaften von Cansas City, USA, der massgebende Initiant des ganzen Projektes, sagte nach der Sitzung, dass «die neue genossenschaftliche Weltorganisation ein bedeutungsvoller Schritt zur Garantierung niederer Preise für Erdölprodukte sein soll. Jedem Land, das Höchstleistungen in Industrie und Landwirtschaft erzielen will, wird eine genügende Versorgung mit Erdölprodukten zu mässigen Preisen gesichert sein. Die auf genossenschaftlichen Prinzipien beruhende Organisation wird ein mächtiger Faktor zur Wahrung der Interessen der Verbraucher in der ganzen Welt sein.»

Die Genossenschaften der USA betreiben jetzt schon zehn Erdölraffinerien, 450 Bohrtürme sowie einen gut ausgebauten Verteilungsapparat. Die Oelleitungen erstrecken sich über eine Länge von 1000 Meilen. Seit der Beendigung des Krieges wurde aus den USA genossenschaftliches Erdöl nach Australien, Belgien, China, Frankreich, Holland, Norwegen, Südafrika, Schweden verschifft. In den USA selbst wird 20 % des Erdölverbrauchs der Landwirtschaft auf genossenschaftlichem Wege gedeckt.

Nochmals: Die Sparbatzen der Konsumenten bedroht?

In dieser Zeitung hat kürzlich Dr. Oskar Schär Stellung bezogen gegen den Antrag einer Mehrheit der Vollmachtenkommission des Nationalrates, welche die 5 % übersteigenden Rückvergütungen zu der bisherigen Abgabe hinzu mit einer neuen Sondersteuer von 10 bzw. 20 % belasten wollte. Mit ihm würden wir es für eine Ungeheuerlichkeit halten, wenn ein Teil der Kriegsgewinnsteuer ersetzt werden sollte durch eine derartige neue Sondersteuer. Denn die Kriegsgewinnsteuer wollte ihrer Natur nach vor allem Grossverdiener und darunter diejenigen heranziehen, die während des Krieges mehr verdienten als vorher.

Durch die geplante Sondersteuer würde dagegen die breite Masse von einigen hunderttausend Konsumenten mit ihren Familien getroffen, in der überwiegenden Mehrzahl kleine Leute, denen der Krieg nicht Gewinn gebracht, sondern Opfer auferlegt hat.

Wir gehen also in den Hauptpunkten mit Dr. Schär vollkommen einig. Einige Klarstellungen erfordern dagegen seine Ausführungen über das Verhältnis zwischen der Wehrsteuer und den Ueberschussanteilen der *Versicherungsgesellschaften.* Dr. Schär bezeichnet zunächst die Versicherungsgesellschaften als die Konsumvereine für den Versicherungsbedarf, was wir nur soweit gelten lassen möchten, als es sich um reine Genossenschaften handelt. Die Aktiengesellschaften unter den Versicherungsunternehmen sind Erwerbsgesellschaften und können mit den Konsumvereinen daher kaum auf eine Ebene gestellt werden.

Zu dem Vergleich verführen kann allerdings die Wahrnehmung, dass in einer sehr bedeutenden Versicherungsbranche, in der Lebensversicherung, beinahe alle Versicherungsgesellschaften namhafte Ueberschussanteile (manchmal auch Gewinnanteile genannt) ausschütten. Dafür sorgt einmal der Druck

der Konkurrenz der Genossenschaften: die Sache hat daneben aber noch einen versicherungstechnischen Hintergrund.

Lebensversicherungen sind gewöhnlich langfristige Verträge. Die beim Abschluss vereinbarte Prämie gilt zumeist für Jahrzehnte. Jedermann weiss aber, dass die wirtschaftliche Entwicklung heute oft nicht einmal für Monate, geschweige denn für Jahrzehnte vorausgesehen werden kann. Der Lebensversicherer muss sich daher gegen ungünstige Entwicklungen etwa der Zinsverhältnisse oder der Sterblichkeit in der Weise schützen, dass er in den Prämien einen Sicherheitszuschlag einrechnet. Dieser Zuschlag hat wegen der grossen Unsicherheitsfaktoren genügend gross zu sein, kann aber bei normaler Entwicklung in der Form des Ueberschussanteils an den Versicherten zurückgegeben werden. Das erklärt, weshalb diese Ueberschussanteile unter Umständen nicht gering sind.

Man versteht nun auch, weshalb ein Verkauf zu festen Nettopreisen in der Lebensversicherung nicht oder nur zu relativ hoch angesetzten Preisen durchführbar ist. Mit dem System der Ueberschussanteile ist es dagegen möglich, den Preis der Versicherung den tatsächlichen Kosten anzupassen. Das ist wohl der tiefste Grund für die Beliebtheit dieses Systems auch unter den Aktiengesellschaften. Von den Genossenschaften, welche die Versicherung zu Selbstkosten bieten, unterscheiden sich die Aktiengesellschaften dann freilich darin, dass sie nicht gehalten sind, alle Rechnungsüberschüsse den Versicherten zugutekommen zu lassen.

Dr. Schär verwundert sich nun, dass die Ueberschussanteile der Versicherungsunternehmungen nicht ebenso wie die Rückvergütungen der Konsumvereine zur eidgenössischen Wehrsteuer herangezogen werden, soweit sie 5 % übersteigen. Wir möchten dem entgegenhalten, dass dieser Zustand durchaus im Einklang mit dem Gesetz steht, beschränkt doch das Wehrsteuergesetz die Abgabe ausdrücklich auf Rückvergütungen und Rabatte auf *Waren*bezügen. Versicherungen sind keine Waren, und darum würde auch für die Besteuerung der Ueberschussanteile auf Versicherungen die gesetzliche Grundlage fehlen.

Aber auch materiell wird man als Konsumentenvertreter eine Wehrsteuerabgabe auf den Ueberschussanteilen der Versicherungen nicht ernstlich wünschen wollen. Diese Abgabe müsste von den Inhabern all der Lebens-, Mobiliar- und anderen Versicherungen getragen werden, deren Gesamtzahl in der Schweiz in die Millionen geht und die sich in der grossen Mehrzahl der Fälle in den Händen einfacher Leute befinden. Dr. Schär sieht die Verhältnisse nämlich nicht ganz richtig, wenn er meint, dass die Versicherten in der Mehrzahl den einflussreicheren Volkskreisen angehören. In der Lebensversicherung der Schweiz standen beispielsweise auf Ende 1944 den 1 146 000 bei den konzessionierten Gesellschaften laufenden kleinen Versicherungen (Volksversicherungen usw.) nur etwa 482 000 mittlere und grosse Versicherungen gegenüber. Daneben bestanden noch gegen 100 000 Gruppenversicherungen zugunsten der Arbeiter und Angestellten versicherter Betriebe. Wenn man im Lichte dieser Zahlen die wichtige soziale Funktion betrachtet, welche gerade die Lebensversicherung im Leben unzähliger kleiner Leute erfüllt, so gibt es u. E. nur *eine* vernünftige Steuerpolitik: Die unzähligen kleinen Fürsorgewerke, die der Bürger in freiwilliger Selbsthilfe in Form von Versicherungen schafft, verdienen vom Staate gefördert, nicht aber mit speziellen Steuern belegt zu werden, das allein schon im Hinblick auf die Entlastung, die der Staat ihnen auf dem Gebiete der Armenfürsorge zu verdanken hat.

Wir sind uns alle einig:

Die Abgabe auf den Rückvergütungen und Rabatten ist der unsoziale Fremdkörper im Wehrsteuergesetz.

Alle anderen Wehrsteuerobjekte, wie das Einkommen und Vermögen von natürlichen Personen, der Reingewinn und das Eigenkapital der Aktiengesellschaften, der Reinertrag und das Vermögen der Genossenschaften werden je nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Steuerschuldners stark oder weniger stark belastet, wobei die niedrigsten Einkommen und Vermögen richtigerweise sogar ganz befreit sind. Die Quellenwehrsteuer auf den Zinsen der Obligationen, Sparkassenguthaben usw. nimmt nur scheinbar hierauf keine Rücksicht: als reine Verrechnungssteuer belastet sie den ehrlichen Steuerzahler ja überhaupt nicht.

Einzig und allein die Abgabe von den Rückvergütungen und Rabatten trifft Hunderttausende kleiner Leute, ohne die geringste Rücksicht auf ihre finanzielle Tragfähigkeit zu nehmen.

Das ist um so bedauerlicher, als all das, was wir über die soziale Funktion der Lebensversicherungen sagten, irgendwie ebenso sehr gilt für die Sparbatzen, weche die Konsumenten in der Form der Rückvergütung im Laufe des Jahres sammeln.

Die Schlussfolgerung ist einfach zu ziehen. Nicht das ist anzustreben, dass die Ueberschussanteile der Versicherungen ebenfalls der Wehrsteuer unterworfen,

sondern dass die Rückvergütungen der Konsumvereine, bei denen diese Abgabe ebenso deplaciert ist, von ihr befreit werden.

Von neuen, noch unmöglicheren Sondersteuern ganz zu schweigen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, dass sich auf diesem Boden die Auffassung von Dr. Schär und unsere eigene zu treffen vermögen.

Willy Maurer

Schwierigkeiten in der Versorgung der Schweiz

Im Nationalrat hat Nationalrat Dr. *Max Weber* folgende Interpellation eingereicht:

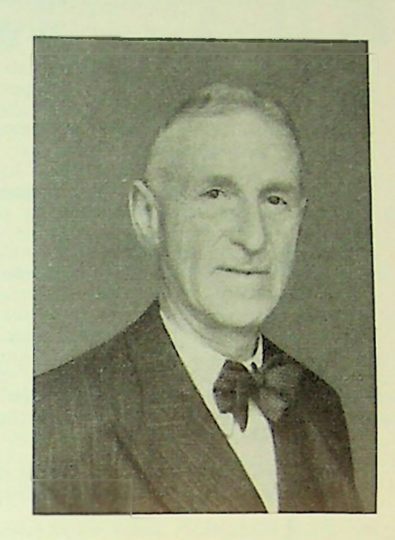
«Ist der Bundesrat bereit, Auskunft zu geben über die Versorgungslage der Schweiz und über die Massnahmen, die er zu treffen gedenkt, um den gegenwärtig namentlich auf dem Gebiete der Ernährung bestehenden Schwierigkeiten zu begegnen und eine Verschlechterung der Versorgung zu vermeiden?»

Die Demokratie von morgen muss ihren Angehörigen klarmachen, dass es keine Schande ist, wenn der Sohn eines hohen Beamten Schuhmacher wird oder Bauer, und dass die Tochter eines Industriellen, die ein ausgesprochenes Talent als Köchin oder Kinderfräulein hat, dem Lande und sich selbst keinen Dienst leistet, wenn sie in missverstandenem Bildungsdünkel Kunstgeschichte oder Musik studiert; dass es aber andererseits ein Widersinn ist, wenn in einem freien Volksstaat ein hochbefähigter junger Mann, der vielleicht zum Forscher berufen wäre, Mechaniker bleiben muss, nur weil die Eltern der Mittel oder der Einsicht ermangeln.

Hans Zbinden

† Edouard Stauffer

Der Tod von Edouard Stauffer, Präsident der Coopératives Réunies La Chaux-de-Fonds, kam nicht überraschend. Lange hielt eine schwere Krankheit den Verstorbenen darnieder. Edouard Stauffer, der an den höheren Schulen in La Chaux-de-Fonds wirkte, arbeitete für die Genossenschaftssache mit einer Uneigennützigkeit und einer Hingabe, wie man sie nur selten antrifft. Die Harmonie und die sehr enge Zusammenarbeit zwischen Genossenschaftspräsident und Verwaltung hatten gewiss sehr zu den dortigen genossenschaftlichen Erfolgen beigetragen. Edouard Stauffer wirkte in der Schuh-Coop und in der Patenschaft Co-op als Mitglied der Verwaltung. Anlässlich der Bestattung dankte Herr Direktor Barbier, V. S. K., für die vorbildliche Arbeit des Verstorbenen im Dienste der Genossenschaft und würdigte auch den Menschen, dessen feiner Kultur zu begegnen stets ein Gewinn war.



Amerikanische Erfahrungen mit dem System der Gewinnbeteiligung der Arbeiter

Ein amerikanisches Institut, das «National Industrial Conference Board», hat Anfang Juni dieses Jahres einen sehr interessanten Bericht über die praktischen Erfahrungen veröffentlicht, die amerikanische Betriebe mit dem System der prozentualen Gewinnbeteiligung ihrer Belegschaften gesammelt haben. Dieses Institut ist eine private, von Staat und Regierung unabhängige Körperschaft, die man als statistisch-wissenschaftliches Büro der amerikanischen Arbeitgeberverbände und Handelskammern ansehen kann, für die sie Enquêten wirtschafts- oder sozialpolitischer Natur durchführt; diese Enquêten pflegen sich wegen ihrer Gründlichkeit und gelassenen Sachlichkeit eines guten Rufes zu erfreuen.

Der vorliegende Bericht über die Gewinnbeteiligung scheint diesen guten Ruf vollauf zu rechtfertigen. Hatte das Institut nur den Auftrag, sich mit bestimmten sozialpolitischen Erscheinungen während der Kriegszeit zu befassen, so erweiterte es seine Aufgabe, indem es einen historischen Ueberblick vorausschickt: Seit mehr als hundert Jahren, genau seit dem Jahre 1842, gibt es in der amerikanischen Industrie immer wieder Versuche, meist auf einer utopisch-sozialistischen oder auch rein philanthropischen Ideologie fussend, durch ein genau auskalkuliertes System von Gewinnbeteiligungen die Belegschaft an den Betrieb zu fesseln, sie an der Produktion zu interessieren und auf diesem psychologischen Umweg eine Erhöhung des «rendement» zu erreichen. In den Vereinigten Staaten wurden seit 1842 nahezu 1200 derartige Versuche unternommen, die sich jedoch sämtliche nicht durchsetzen konnten und zumeist schon nach kurzer Zeit wieder abgebrochen wurden. Uebrigens hat es auch in Europa niemals an solchen Experimenten gefehlt, doch hat sich unseres Wissens nur ein einziger entsprechender Versuch, bei den bekannten Zeiss-Werken in Jena, längere Zeit halten können.

Während des jetzigen Krieges haben, im Interesse der Steigerung der Produktion, 161 amerikanische Unternehmungen ihr Personal an den Betriebsgewinnen beteiligt; aber 95 von ihnen, d. h. rund 60 %, sind inzwischen wieder von diesem System abgegangen. Das Institut hat sehr genau nachgeforscht, welche Gründe die fraglichen Betriebe dazu veranlasst haben, die Gewinnbeteiligung wieder abzuschaffen. Neben Ursachen, die man als höhere Gewalt ansehen kann, wie Stillegung eines Betriebes, Fusion mit einem anderen, grösseren Unternehmen oder auch nur Wechsel des Eigentümers, finden sich andere, die aus der Natur des Verteilungssystems selbst zu erklären sind: In mehr als 25% aller Fälle entstand Unzufriedenheit bei den Arbeitnehmern oder eine Meinungsverschiedenheit zwischen diesen und der Betriebsleitung, in 20 % aller Fälle warf das Unternehmen keinerlei Gewinn ab, und in etwas über 10 % der Fälle war es die Arbeitgeberseite, die ihr Abkommen mit der Belegschaft kündete. In vielen aufgeführten Einzelfällen waren die Delegierten der Belegschaft nicht mit den ihnen vorgelegten Geschäftsabschlüssen und Verteilungsschlüsseln einverstanden, in anderen hatten sie zwar dem Verteilungsplan zugestimmt, wurden nachher aber von der Belegschaft desavouiert, in wieder anderen traten die Delegierten zurück, weil sie «mit den von der Betriebsleitung durchgeführten Geschäftsmethoden nicht einverstanden waren». Aber auch in denjenigen Fabriken, in denen die Gewinnbeteiligung nicht beseitigt wurde, sondern heute noch besteht, gab es häufig Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten bei der Feststellung des Verteilungsquotienten, Debatten über die Höhe der Reservefonds usw. Die Enquête des Instituts fasst ihre bezüglichen Beobachtungen in den etwas naiv klingenden, aber trotz seiner Primitivität sicherlich zutreffenden Satz zusammen: «Der Gewinnbeteiligungsplan scheint offenbar nur so lange zu funktionieren, als das Unternehmen blüht; dagegen ergibt sich Unzufriedenheit, sobald die Gewinne kleiner werden oder ganz verschwinden. Jedenfalls ist das System kein Allheilmittel gegen Spannungen im Betrieb.»

Auf Grund aller dieser im Endergebnis ungünstigen Erfahrungen sind in den letzten beiden Jahren, also gerade während der Uebergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, mehrere amerikanische Betriebe dazu übergegangen, neue Systeme zu erproben, die zwar auch den sozialen und ethischen Sinn der Gewinnbeteiligung enthalten, aber doch zugleich Sicherheitsventile gegen die Gefahren der simplen Verteilung der Ueberschüsse vorsehen. Drei grössere Firmen, zwei in Neuyork und eine in Kalifornien, haben Zwangssparkassen für ihre Arbeiter eingerichtet, d. h. Sperrkonten, auf denen sich Prämien der Betriebsleitung für bestimmte Arbeiter oder bestimmte Leistungen ansammeln; diese Sperrkonten werden nur beim Austritt aus dem Unternehmen oder in besonderen Fällen (Krankheit, Heirat usw.) ausbezahlt. Diesem Plan haben die Gewerkschaften — und nicht ganz zu unrecht — entgegengehalten, dass er ebenfalls von der Konjunktur ab-

hänge, weil in Zeiten der Depression ja wohl kaum solche Prämien ausgezahlt werden würden. Interessanter, weil «krisenfester», ist daher ein Versuch der Kaiser-Frazer-Automobilwerke, dem die zuständige Gewerkschaft zugestimmt hat: Für jedes fertiggestellte Auto wird ein «Bonus» von 5 Dollars in einen Fonds gelegt, der alljährlich unter «die besten» Arbeiter der Belegschaft aufgeteilt wird, namentlich unter die, denen kein unentschuldigtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz, keine Teilnahme an einem wilden Streik, keine grobe Fahrlässigkeit in der Arbeit usw. zur Last fallen. Die Firma sichert sich durch diese Massnahme gegen wilde Streiks, Störungen des Arbeitsprozesses usw., belohnt die diensteifrigsten Arbeiter und macht zugleich die Höhe des aufzuteilenden Fonds abhängig von der effektiven Produktion, nämlich der Zahl der erzeugten Automobile. Freilich kann man hier kaum noch von einer «Gewinnbeteiligung» im technischen Sinne des Wortes sprechen; eher könnte man dieses System einen Versuch nennen, die russischen Institutionen der «Stossbrigaden» und «Stachanov-Arbeiter» auf amerikanische Betriebs- und Produktionsverhältnisse sinnentsprechend zu übertragen. Aus: «Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung».

Volkswirtschaft

Zum Streit um die Schokolade

Ueber die Versorgung mit Schokolade hat die Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft ein Exposé veröffentlicht, dem u. a. entnommen werden kann:

Im Jahre 1938 wurden von den schweizerischen Schokoladefabriken 9550 Tonnen in Tafelschokolade und 3450 Tonnen in anderen Schokolade- und Konfiserieartikeln erzeugt. Nach Abzug von 580 Tonnen, die ins Ausland gingen, entfielen auf den Kopf der schweizerischen Bevölkerung (einschliesslich der ausländischen Kurgäste) *im Monat 180 Gramm Tafelschokolade* bzw. 1.8 Tafeln, wozu noch etwa 70 Gramm in anderen Schokolade- und Konfiserieartikeln kamen. *Für das Jahr 1946* ist mit einer Produktion von 12 150 Tonnen Tafelschokolade und 6815 Tonnen anderen Schokolade- und Konfiserieartikeln zu rechnen. Da die kommerzielle Ausfuhr von Schokolade vollständig gesperrt und die karitativen Sendungen den Vorkriegsexport nicht übersteigen, entfallen

auf jeden Einwohner unseres Landes pro 1946 monatlich etwa 230 Gramm Tafelschokolade und etwa 135 Gramm Konfiserie- und andere Schokoladeartikel.

Mit diesem Angebot wird der Vorkriegsbedarf für Tafeln um fast dreissig Prozent und derjenige für die andern Artikel (Pralinen, Konfiserie usw.) sogar um fast hundert Prozent überschritten.

Die Statistiken zeigen, dass die Schokoladefabriken dem Detailhandel an Tafelschokolade folgende Mengen geliefert haben:

Januar 1946	919 t	Mai 1946	1085 t
Februar 1946	779 t	Juni 1946	1031 t
März 1946	815 t	Juli 1946	983 t
April 1946	837 t		

Ist also das Fehlen der Tafelschokolade in vielen Ladengeschäften auf die Raffgier mancher Käufer und auf die Ungeschicktheit mancher Geschäftsinhaber zurückzuführen, die es nicht verstehen, ihre Kundschaft einigermassen gleichmässig mit Schokolade zu beliefern? Ohne Zweifel gibt es nicht wenige rücksichtslose Schokoladenjäger wie auch liebedienerische Verkäufer und Verkäuferinnen, die die begehrten Tafeln in einseitiger Weise den bevorzugten Kunden zuhalten. Hier muss zweifellos zu vermehrter Disziplin gemahnt werden. Aber viele Geschichten, die im Publikum über derartige Vorkommnisse kursieren, stellen sich bei näherer Nachprüfung als übertrieben heraus, so dass man sich auch da vor Verallgemeinerungen hüten sollte. Die Schokolademengen, die im Reisenden- und kleinen Grenzverkehr die Schweiz verlassen, fallen entgegen anderslautenden Behauptungen gleichfalls nicht ins Gewicht, machen sie doch zufolge zuverlässiger Erhebungen knapp ein halbes Prozent der Gesamtproduktion aus. Ueberdies ist die zur Ausfuhr zugelassene Menge Schokolade unlängst von 500 auf 100 Gramm pro Person herabgesetzt worden.

Aber die Mehrproduktion sollte nach menschlichem Ermessen ausreichen, um einen vernünftigen und normalen Zusatzbedarf ebenfalls zu decken. Wenn das gegenwärtig nicht immer der Fall ist, so rührt das nicht von einem Missverhältnis zwischen Angebot und normaler Nachfrage, sondern daher, dass vorwiegend aus psychologischen Gründen die

Nachfrage heute weit überbordet und absolut anormal

geworden ist. Sie ist momentan so gross, dass selbst bei vollkommener Freiheit des Bezuges der Schlüsselrohstoffe unsere Schokoladenindustrie angesichts des Mangels an Arbeitskräften und der nicht unbegrenzten Kapazität ihrer technischen Einrichtungen gar nicht in der Lage wäre, Tafelschokolade zur Befriedigung aller Ansprüche auf den Markt zu werfen. Heute können die zugeteilten Rationen bei den Hauptnahrungsmitteln wiederum als ausreichend für eine normale Ernährung bezeichnet werden; verschiedene wertvolle Artikel (Eier, Hülsenfrüchte usw.) sind völlig frei beziehbar, so dass vom ernährungphysiologischen Standpunkt die *Schokoladenrationierung unwesentlich* geworden ist. Vom *administrativen* Gesichtspunkt aber bedeutet die Freigabe der Schokolade eine hochwillkommene Erleichterung und Entlastung, die angesichts des herrschenden Mangels an Arbeitskräften als besonders wohltuend empfunden wird. Auch rein finanziell ist zu bedenken, dass allein durch den Wegfall der Schokoladecoupons jährlich bei den Lebensmittelkarten rund 250 000 Fr. an Druckkosten eingespart werden.

Eine Wiedereinführung der Schokoladenrationierung kommt unter gar keinen Umständen in Betracht.

Die Kriegswirtschaft muss es ablehnen, hier mit neuen Geboten und Verboten einzugreifen, denn heute, wo der Krieg vorüber ist, erscheint es notwendig, die Verbraucher allgemach wieder an freie Kauf- und Konsumgepilogenheiten zu gewöhnen.

Bibliographie

Der Schuhhandel in der Schweiz. Unter diesem Titel ist soeben von der Preisbildungskommission des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements als Sonderheft 48 der «Volkswirtschaft» eine über 200 Seiten starke und reich dokumentierte Studie als Ergebnis einer eingehenden Branchenuntersuchung herausgegeben worden.

Nach einer ausführlichen Exposition der verfügbaren statistischen Angaben über Entwicklung und Struktur des Schuhwarenhandels, über die umsatzmässige Bedeutung seiner verschiedenen Vertriebsformen und aufbauend auf diesen und einer Reihe weiterer wichtiger Daten, wird darin eine Auseinandersetzung mit den bemerkenswerten Erscheinungen und bedeutsamen Problemen auf dem Gebiete des schweizerischen Schuhhandels geboten. So werden in vorwiegend historischer Skizzierung Entwicklung und Struktur, Werden und Sein des Grosshandels mit Schuhen geschildert. Ein gewichtiger Teil des Berichtes befasst sich sodann mit einem Hauptanliegen der «selbständigen Schuhhändler», nämlich mit ihrer Konkurrenzierung durch andere Formen des Schuhdetailvertriebes, insbesondere durch die Fabrikfilialen. Nachdem die Darstellung der Argumente für und wider die verschiedenen Vertriebsformen der Kommission mannigfach Gelegenheit bot, auf die volkswirtschaftlichen, gelegentlich auch auf die sozialen und staatspolitischen Aspekte der den Schuhhandel beschäftigenden Fragen hinzuweisen, werden anschliessend auch eingehend die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Gewerbe erörtert. Einer reichen Auswahl von betriebswirtschaftlichen Daten aus der Schuhdetaillierung, die vor allem den Umsatz, die Unkosten, die Einstandspreise, die Handelsspanne, die Entwicklungstendenz des Geschäftserfolges sowie die Steuerfrage betreffen, folgt im weitern eine Auseinandersetzung mit der sogenannten Konditionenfrage. Abschliessend gelangen auch die verschiedenen Selbsthilfemassnahmen des selbständigen Schuhhandels zur Darstellung.

Diese umfassende Schilderung des Schuhhandels in der Schweiz wird zweifelsohne alle Branchenangehörigen interessieren. Sie dürfte aber angesichts der Bedeutung einer rationellen Schuhvermittlung für den Konsumenten und dank den vielen kommentierenden Betrachtungen der Preisbildungskommission, die nicht nur für die untersuchte Branche, sondern allgemein bedeutsam sind, auch einer weiteren Oeffentlichkeit vieles zu bieten haben.



Für die PRAXIS



Bewährte Anregungen

Sorgen Sie für tüchtigen Nachwuchs in Ihrem Betrieb, indem Sie Ihre Angestellten auf Kurse, Vorträge und Ausbildungsmöglichkeiten aufmerksam machen sowie Zeitungen, Zeitschriften, Artikel usw. in Umlauf setzen.

Ein Chef kann seine Mitarbeiter beim Arbeiten zum Nachdenken anregen, indem er von Zeit zu Zeit Wettbewerbe über bestimmte Themen veranstaltet.

Jeder Angestellte hat in gewissen Zeitabschnitten einen Vorschlag einzureichen, der irgendwie mit dem Geschäft zusammenhängt.

Der Chef soll jeden Vorschlag von Angestellten belohnen, auch wenn er im eigenen Betrieb nicht anwendbar ist. Das gibt den Mitarbeitern Ansporn, neue Verbesserungen herauszufinden.

Sämtliches Büromaterial ist zentralisiert und wird von einer Stelle abgegeben.

Dient für zwei gegenüberliegende Arbeitsplätze ein gemeinsames Telephon, so kann dieses, auf einen schwenkbaren Telephonträger montiert, leicht mit einem kleinen Ruck von einem Platz zum andern geschoben werden. Aufstehen und überlehnen ist somit nicht mehr nötig.

Behandelt ein Brief mehrere Angelegenheiten in Kapiteln unterteilt, so streicht man am besten alles Erledigte senkrecht durch. Man vermeidet dadurch wiederholtes Lesen des gleichen Stoffes, und die unerledigten Kapitel springen sofort ins Auge.

Aus: «Der Organisator», Monatsschrift.

„Ich habe ein schlechtes Gedächtnis!"

Wie oft können wir doch die Entschuldigung hören: «Ich habe ein schlechtes Gedächtnis!», wenn jemand einen Namen, eine Zahl, eine Abkürzung oder sonst etwas nicht im Kopfe behalten, genauer noch, nicht aus dem Kopfe wieder herausbringen kann.

Dabei handelt es sich zumeist gar nicht um ein «schlechtes» Gedächtnis, sondern um ungeeignete «Verwendung».

Wenn ich die Telephonnummer 46 70 75 einstellen will, dann kommt ein anderer Abonnent, sobald ich nur eine einzige Zahl unrichtig wähle. Dass aber auch die Einstellung bzw. Einprägung im Gedächtnis unrichtig erfolgen kann, daran denkt selten jemand.

Unser Gedächtnis behält «schlecht», wenn unklar ist, wozu das Einzuprägende dienen kann. Gedächtnisinhalte sollen sich zu unserem Vorteil auswerten lassen.

Zumeist verwenden wir aber einen abgenützten Stempel und ein seit Jahr und Tag nicht mehr eingefärbtes Stempelkissen. Auf das Gedächtnis übertragen: Die Einprägung erfolgt nicht in der richtigen Art und Stärke.

Wir begnügen uns mit Eindrücken durch die Augen oder durch die Ohren. Dabei verstärkt sich der Eindruck, wenn wir alle «Einprägwege» benützen. Aus der stattlichen Zahl seien nur genannt: sehend, hörend, fühlend, riechend, schmeckend, schreibend, vorstellend einprägen.

Bezüglich jedem Einprägweg liesse sich Wesentliches sagen. Es gibt auch besondere Regeln, um Namen, Zahlen und Fremdworte zu behalten.

Hier genüge vorläufig der Rat: Versuchen Sie einige Male für Sie Wesentliches, von dessen Wert Sie überzeugt sind, wiederholt, gleichzeitig schreibend, sprechend, hörend und lesend einzuprägen. Sie werden bald erstaunt bestätigen, dass das auf diese Weise Eingeprägte überraschend gut wieder aus dem Gedächtnis produziert werden kann.

Ernst Lattmann

Sie geben Ihr Geld nicht aus, sondern legen es vorteilhaft an!

Wer teure Waren verkauft, findet immer wieder, dass sich die Leute sehr schwer von ihrem Gelde trennen. «Ich kann bestimmt jetzt nicht so viel Geld ausgeben!», sagen sie vielleicht.

Hier besitzen wir ein sehr wirkungsvolles Argument! Wir brauchen nur darzulegen — selbstverständlich nur bei wertbeständigen Gegenständen —, dass es sich ja gar nicht um eine Geldausgabe, sondern um eine *Geldanlage* handelt. Sagen Sie zum Beispiel: «Sie brauchen ja überhaupt kein Geld auszugeben, sondern Sie können es im Gegenteil für Sie sehr vorteilhaft anlegen!»

Denken Sie also gelegentlich daran: «Sie geben Ihr Geld nicht *aus*, sondern legen es *an!*» *«Keine Ausgabe, sondern eine Anlage!»*

Ernst Lattmann

Wähen aus tiefgekühlten Früchten

Ueber die Erfahrungen mit Wähen, die geschätzten Leistungen der Konsumbäckereien und die Verwendung tiefgekühlter Früchte lesen wir in der Winterthurer «Bäckerei-Post»:

«Unser Wähenumsatz ist im Vorsommer prächtig gestiegen und hat sich dann den ganzen Sommer über auf beachtlicher Höhe gehalten. Heute können wir es offen gestehen: Es war für uns eigentlich eine Ueberraschung! Gerade in der Früchtezeit war mit Wähen eigentlich nie sehr viel zu machen. Nachdem die Gasrationierung weitgehend abgebaut ist, mussten wir auch dieses Jahr mit ähnlichen Verhältnissen rechnen. *Es hat sich aber gezeigt, dass gar manche Hausfrau gerne ihre Wähe im Konsum kauft, wenn sie sie dort preislich vorteilhaft und in einwandfreier Qualität erhält.* Unsere Sorge galt also vor allem der Sicherung des Erreichten. Das kann aber nur geschehen, wenn wir weiterhin eine vorzügliche Qualität in reichlicher Auswahl bieten. *Wir haben deshalb vorgesorgt und rund 2000 kg Früchte (Aprikosen, Kirschen, Heidelbeeren, Zwetschgen) im Kühlhaus der Brauerei Haldengut eingelagert.* Wir möchten den Freitag als eigentlichen Wähentag ausbauen. Wir beabsichtigen deshalb, in den nächsten Wochen und Monaten jeden Freitag eine andere Fruchtwähe als *Tageswähe* zu liefern.

Die Seite der Ehemaligen

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR. STIFTUNG VON BERNHARD JAEGGI

LIEBE EHEMALIGE

Es ist uns diesmal die Bitte zugekommen — und zwar von einer kompetenten Genossenschafterin — in einem Brief an Euch einmal über das Verhalten der Verkäuferin dem Kleinkind gegenüber zu schreiben.

Die betreffende Genossenschafterin war Zeugin, wie in einem Lebensmittelladen die Verkäuferin ein Kleinkind der Mutter aus den Armen nahm, es verküsste, mit ihm tändelte und es in ihren Armen wiegte.

Sicher ist es kein Fehler, wenn Verkäuferinnen sich freuen an kleinen Kindern und diese Freude auch der Mutter zeigen wollen; aber in dem oben geschilderten Falle ging die Verkäuferin entschieden zu weit.

Einmal haben es lange nicht alle Mütter gern, wenn Fremde ihr Kind küssen. Wenn diese Verkäuferin das nun getan hätte, um sich bei der Mutter einzuschmeicheln, dann hat sie vielleicht gerade das Gegenteil erreicht: die Mutter kann das als Aufdringlichkeit, als allzu «familiär» empfunden haben.

Und dann bedenken die Verkäuferinnen, die so in Verzückung geraten über ein «Buschi», nicht, was die umstehenden Frauen dabei denken. Im vorliegenden Fall z.B. bediente diese Verkäuferin das nächstfolgende Mitglied (nachdem sie es des Kindes wegen fast 10 Minuten hatte warten lassen!) mit Brot und andern Lebensmitteln, ohne vorher die Hände zu waschen. Mag sein, dass dieses Buschi zufällig nicht nass war; aber vergesst nicht: So wenig heikel eine Mutter auch im eigenen Haushalt sein mag — im Laden riskiert sie doch nicht gern den Duft fremder Kinder an ihrem Brot, an ihrer Butter usw. Mag sein, dass die Verkäuferin ihre Hände nicht waschen mochte, weil sie die Mutter nicht beleidigen wollte; mit einer kleinen lustigen Bemerkung wäre aber diese Gefahr behoben gewesen.

Ich möchte nun nicht, dass der Eindruck entsteht, eine Verkäuferin habe sich eben nicht mit Kindern abzugeben, und schon gar nicht mit Kleinkindern. Im Gegenteil, es ist ein schöner Zug an einer Verkäuferin, wenn sie Liebe zu Kindern hat; ihr wird es leicht fallen, den richtigen Ton zu finden für diese kleinen Gäste. Sie wird auch nicht so rasch «nervös» werden, wenn eines einmal kräht oder gar zwängt. Sie wird sich nicht durch Stirnrunzeln, ungeduldige Blicke oder gar durch nervöses Räuspern unbeliebt machen bei der Mutter, sondern sie hat rasch ein hübsches Fetzeli, ein buntes Schächteli, ein Silberpapier bereit, um den Schreihals damit von seinem Lärmgeschäft abzulenken. (Eigentlich hätte die Mutter daran denken sollen, ein Tierlein oder ein Bäbeli oder etwas zum «Gnagen» mitzunehmen.)

Es ist auch durchaus richtig, dass die Verkäuferin nicht nur die Mutter begrüsst, sondern auch ihr Kleines; aber es ist wahrscheinlich der Mutter lieber, wenn die Verkäuferin sich mit einem lieben Blick und einer fröhlichen Bemerkung begnügt, als wenn sie sich mit Armen und Mund ihres Kindes bemächtigt. Und wenn die Mutter mit Kind und Einpacken nicht zurechtkommt, dann nimmt ihr die Verkäuferin nicht das Kind ab, sondern das Kind überlässt sie der Mutter und besorgt ihr das Einpacken.

Die Verkäuferin übt eine weise Zurückhaltung Kindern gegenüber auch im eigenen Interesse. Kinder gewöhnen sich gar zu bald daran, dass sie im Laden eine wichtige Rolle spielen, dass sie zur Hauptperson werden, wenn sie in den Laden kommen. Ein solches Kind wird mit zunehmendem Alter auch entsprechend anspruchsvoller, verführt Lärm, krabbelt auf dem Ladentisch herum, will alles zu sich heranziehen, alles mit Fingerlein und Mäulchen untersuchen (später vielleicht sogar *ver*suchen wollen!) — kurz, die Verkäuferin hat sich einen unangenehmen kleinen Gast herangezogen, und wenn sie ihn dann vielleicht einmal etwas ungeduldig zurechtweist, dann kommt prompt die Reaktion (gedacht oder gesagt): «Du bisch e Bösi!» Und der kleine Knirps oder die Knirpsin werden trotzig oder «z'leidleberisch» darauf aus sein, gerade das zu tun, von dem sie ganz genau wissen, dass man es nicht duldet. Die Schuld an der Mühe, die solche Kinder im Laden verursachen, liegt aber dann — wohlverstanden — nicht bei der Mutter, sondern eben bei der Verkäuferin, die in ihrem Verhalten dem Kleinkind gegenüber nicht Mass gehalten hat. Die «Erziehung» zuhause kann die Mühsal allerdings vermehren; aber die Hauptschuld liegt bei der Verkäuferin.

Es gibt auch Kinder, die zuhause ungebärdig, «zwängig» sind; wenn sie aber in den Laden kommen, dann sind sie gesittet und lieb — eben weil sie von der Verkäuferin dazu erzogen worden sind — nicht durch Ermahnungen und Verbote, sondern einfach durch ihr eigenes kluges Verhalten.

In dem sehr wertvollen Lehrbuch für die französische Sprache von Frau Kobelt in Zürich «Derrière le Comptoir» steht der beherzigenswerte Satz: «Etre poli envers le plus petit, c'est l'aider à le devenir aussi.»

Auch über dieses Thema wird es mich freuen, Eure Meinung zu hören. Zum voraus vielen Dank für Euer Mitdenken und Mitgehen und herzlichen Gruss!

Liny Eckert

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen

Umsätze:

	1944/45	1945/46
Baar-Cham	1 158 100.—	1 306 800.—
Bauma	126 800.—	158 100.—
Biasca	997 800.—	1 145 200.—
Frauenfeld	1 913 800.—	2 126 100.—
Grenchen	2 994 100.—	3 770 700.—
Kradolf-Schönenberg	294 800.—	320 350.—
Laufen	959 200.—	1 088 300.—
Hindelbank	109 550.—	112 500.—

Bülach wird nach der Generalversammlung den Film «Viribus unitis» zeigen. An der Jubiläumsfeier zum 50jährigen Bestehen der Konsumgenossenschaft **Brugg** hält Herr Nationalrat Dr. Max Weber ein Referat über «Die Genossenschaft in der Zukunft». **Frauenfeld** ladet seine Mitglieder zur Besichtigung der auf elektrischen Betrieb umgebauten Bäckerei ein. In **Genf** hielt Herr Dr. Georges Menkès einen Vortrag über «Le centre Peckham». In **Gerlafingen** fand eine Orientierungsversammlung statt für die Gründung einer gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaft. Kurzreferate hielten Herr Gemeindeammann X. Affolter über «Wohnverhältnisse und Wohnungsnot», Verwalter W. Ammann sen. über «Gründung einer gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaft» und Architekt M. Häberli legt ein provisorisches Projekt für die Erstellung einer Siedlung vor. In **Jona** können die Mitglieder den neu eröffneten Schuhladen sowie die modern eingerichtete Bäckerei besichtigen. Der Schuljugend von **Möhlin** wurde der Film «Viribus unitis» vorgeführt. **Mörel** führt auch dieses Jahr eine Verbilligungsaktion für Kartoffeln durch. In **Lenzburg** fand auf vielseitigen Wunsch ein Diskussions- und Orientierungsabend statt. Am letzten Gruppenabend der Junggenossenschafter von **Winterthur** legte Herr Landert die Begriffe Kartell, Syndikate, Trusts, Konzerne dar. **Worb** fordert seine Mitglieder zur vermehrten Anteilnahme an den Geschicken ihrer Genossenschaft auf. Zu diesem Zwecke eröffnet der Verein eine Umfrage, wobei vorerst einmal sechs Fragen zu beantworten sind: «Warum bin ich Mitglied der Genossenschaft? Was stelle ich mir unter einer wahren Genossenschaft vor? Was gefällt mir an meiner Genossenschaft? Was sollte anders sein? Was sollte die Genossenschaft ausser ihrem bisherigen Wirkungskreis noch tun? Was weiss ich von den Co-op Artikeln?» **Zug** hat auf Wunsch vieler Familien nun auch in Walchwil ein Verkaufsdepot eröffnet. In der Genossenschaftlichen Jugendgruppe **Zürich** hielt Herr Georg Wyler, Romanshorn, einen Vortrag über «Wesen und Zweck der Jugendparlamente».

Aus der Tätigkeit der dem KFS angeschlossenen Sektionen und Gruppen: **Biel** veranstaltete eine Kochdemonstration «Rund um das Nachtessen». **Horgen** ruft zur Teilnahme an einem Pelzkurs auf. **Luzern** verbindet mit dem diesjährigen Mostbummel der Besichtigung des Musterhofes «Speckbaum» in Rothenburg, Versuchshof der Zentralschweizerischen Kraftwerke, sowie der äusserst interessanten Brutanstalt in Rothausen. Am dritten Schweizerischen Frauenkongress besuchte **Winterthur** gemeinsam folgende Vorträge: Dr. E. Odermatt: «Die christliche Frau, gestern, heute und morgen»; Frl. G. Gröbli: «Hilfsmittel zur Vereinfachung der Hausarbeit». G.

KREIS VI **(Urkantone, Luzern und Zug)**

Einladung zur Herbstkonferenz

auf Sonntag, den 20. Oktober 1946, vormittags 9.30 Uhr, im Hotel «zum Goldenen Löwen» in Altdorf

TRAKTANDEN:

1. Appell; Wahl der Stimmenzähler.
2. Protokoll der Frühjahrskonferenz in Zug.
3. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
4. Geschäfte des Verbandes: «Aktuelle Fragen des Detailhandels».
   Referent: Herr Dir. H. Rudin.
5. Wintertätigkeit.
6. Bestimmung des nächsten Konferenzortes.
7. Allgemeines.

In Erwartung der Teilnahme sämtlicher Kreisvereine entbieten genossenschaftlichen Gruss

Namens des Kreisvorstandes VI des V. S. K.,
Der Präsident: *P. Leutenegger*
Der Aktuar: *J. Renggli*

ARBEITSGEMEINSCHAFT
DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN MIT SPEZIALLÄDEN

Einladung zur Herbstkonferenz

Dienstag, den 29. Oktober 1946, vormittags 9.30 Uhr, im Gasthof «zur Sonne», Niederlenz (Aargau)

TRAKTANDEN:

1. Mitteilungen des Vorstandes.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Eventuell Einführung von Fachkursen für Spezialverkäuferinnen.
4. Situationsberichte der Abteilungsvorsteher (kurze Ergänzungen zu den bereits zugestellten schriftlichen Berichten). Anschliessend allgemeine Diskussion.
5. Kurzreferat von Herrn Direktor Heinze, der Schweiz. Leinenindustrie AG., über ihren Produktionsbetrieb und die heutige Versorgungslage.
6. Umfrage.

12.30 Uhr: Gemeinsames **Mittagessen im Gasthof «zur Sonne»**.
14.00 Uhr: Besichtigung der Produktionsbetriebe der Schweiz. Leinenindustrie AG., Niederlenz.
Da dieser Produktionsbetrieb sämtliche Manipulationen vom Rohprodukt bis zum fertigen Fabrikat selbst durchführt, dürfte diese Exkursion äusserst lehrreich sein und Ihr volles Interesse finden. Wir bitten deshalb, auch das Verkaufspersonal zu dieser Tagung mitzunehmen.

Namens der Arbeitsgemeinschaft,
Der Präsident: *F. Bachmann.*

Verbandsdirektion

Der *Kreisverband VII* wird seine Herbstkreiskonferenz am 27. Oktober in Winterthur durchführen.

An der Herbstversammlung des *Kreisverbandes IV* vom 20. Oktober in Biberist wird nicht Herr Rudin, sondern Herr Dr. Müller die Direktion des V. S. K. vertreten.

Die Herbstversammlung des *Kreisverbandes VI* wird nicht am 13., sondern am 20. Oktober in Altdorf stattfinden. An der Vertretung der Direktion in der Person von Herrn Rudin wird nichts geändert.

Arbeitsmarkt

Angebot

Verheirateter Mann, der neun Jahre ein landwirtschaftliches Konsumdepot samt Einkäufen mit sehr gutem Erfolg selbständig geführt hat, möchte seine Kenntnisse auf **geregeltem Bürobetrieb**, eventuell sonst in das Fach einschlagende Arbeiten verlegen. Referenzen oder Belege über bisherige Geschäftsjahre stehen zu Diensten. Anmeldungen mit Lohnangaben unter Chiffre L. G. 184 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

Junges, geschäftstüchtiges Ehepaar, welches schon mehrere Jahre ein Geschäft erfolgreich geführt hat, sucht passende **Depothalterstelle**. Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre St. L. 183 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

Junge Tochter, mit Welschlandaufenthalt und Kenntnissen in der Schuhbranche, sucht Stelle als **Ladenlehrtochter** auf 15. Oktober oder 1. November. Aarau oder Umgebung bevorzugt. Anfragen erbeten unter Chiffre M. N. 189 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

Nachfrage

Konsumgenossenschaft sucht zu sofortigem Eintritt initiativen, bilanzsicheren **Verwalter**, guter Organisator und Propagandist, der schon in ähnlicher Stellung tätig war. Verheiratete erhalten den Vorzug, da Wohnung vorhanden. Handschriftliche Anmeldung mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Referenzen sowie Bild und Angabe der Lohnansprüche sind zu richten unter Chiffre D. H. 382 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

Wir suchen mit Eintritt auf 1. Dezember 1946 einen tüchtigen **Konditor**, der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Offerten mit Lohnansprüchen, Zeugniskopien und Referenzen sind zu richten unter Chiffre H. G. 388 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

Konsumverein sucht jungen, tüchtigen **Verkäufer-Magaziner**. Offerten mit Photo und Gehaltsansprüchen sind zu richten unter Chiffre H. H. 186 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

Wir suchen zu baldigem Eintritt branchenkundige **Verkäuferin für Schuhgeschäft**. Offerten mit Zeugniskopien und Photo erbeten an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Solothurn.

Wegen Rücktrittes ist die Stelle eines

Warenvertreters für die Ostschweiz

neu zu besetzen. Diesem Vertreter liegt der Besuch unserer Verbandsgenossenschaften ob, um sie in allen vorkommenden Angelegenheiten zu beraten.

Verlangt werden eingehende Kenntnisse der Lebensmittelbranche und der Verhältnisse in der genossenschaftlichen Warenvermittlung, ebenfalls Kenntnisse im Rechnungswesen. Gewünscht werden gute Umgangsformen, einwandfreier und initiativer Charakter.

Eventuell wird diesem Vertreter für die nächste Zeit auch noch die Oberleitung unseres Lagerhauses in Wülflingen übertragen.

Bewerber, die sich über erfolgreiche Praxis vornehmlich in der Genossenschaftsbewegung ausweisen können, belieben ihre Offerte mit Bekanntgabe der bisherigen Tätigkeit und mit Bild sowie Angabe der Gehaltsansprüche schriftlich einzusenden an die **Direktion des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel 2.**

Für unser Chemisches Laboratorium zur Untersuchung von Lebensmitteln und technischen Artikeln suchen wir einen erfahrenen

diplomierten Chemiker

der befähigt ist, später die Leitung des Chemischen Laboratoriums zu übernehmen.

Die Bewerber haben sich über ihren Studiengang sowie ihre praktische Betätigung auf dem Gebiete der Lebensmittel- und analytischen Chemie auszuweisen. Beherrschung der deutschen und französischen Sprache erforderlich. Die Besoldung wird nach Uebereinkunft festgesetzt.

Offerten sind erbeten an die
Direktion des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel, Thiersteinerallee 14.

Gesucht in Textilwarengeschäft **Verkäuferin** mit Kenntnissen im Mercerie- und Korsettfach. Ferner **Verkäuferin** für Strickwolle, fähig, Strickanleitung zu erteilen. Für tüchtige Bewerberinnen entwicklungsfähige Dauerstelle. Offerten sind zu richten an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Bern, Monbijoustrasse 11, 2. Stock.

Gesucht auf 1. November und 1. Dezember 1946 zwei junge, flinke **Bürolistinnen** für allgemeine Büroarbeiten und Rationierung. Offerten mit Beilage von Zeugniskopien, Photo, Angabe der Gehaltsansprüche sind sofort zu richten an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Derendingen.

Gesucht per sofort oder nach Uebereinkunft jüngeren **Magazinchef**. Erforderlich sind gründliche Kenntnisse der Lebensmittelbranche, kaufmännische Bildung, Fähigkeit in der Organisierung der Arbeiten. Eignung zur Führung des Magazin- und Speditionspersonals. Anmeldungen mit Photo, Zeugniskopien und Gehaltsansprüchen sind zu richten an den Konsumverein Glarus.

INHALT: *Seite*